

Für eine kostendeckende Steuerfinanzierung der Krankenversicherungsbeiträge von Bürgergeldbeziehern

Drucksache 21/1839 · eingebracht 2026-06-11 – Antragsteller: FDP

Gesundheit

Soziales

Finanzen

ZUSAMMENFASSUNG

Die FDP fordert eine Bundesratsinitiative, um die Krankenversicherungsbeiträge für Bürgergeldempfänger vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren — statt sie über die beitragsfinanzierte Solidargemeinschaft abzuwälzen.

KERNFORDERUNGEN

- Strukturelle Unterdeckung der Bundespauschale um ca. 12 Mrd. Euro/Jahr
- Klage der Krankenkassen wegen systematischer Unterfinanzierung
- Forderung nach kostendeckender steuerfinanzierter Absicherung

BEWERTUNG

6.0/10

GEMEINWOHL - SCORE

Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag fordert eine vollständige steuerliche Finanzierung der gesundheitlichen Absicherung von Grundsicherungsempfängern — ein klarer Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit (D4) und Menschenwürde (D1), da er die finanzielle Diskriminierung im Gesundheitszugang beseitigt. Er berührt zudem Transparenz & Mitbestimmung (D5) indirekt, indem er strukturelle Verantwortungsverschiebungen aufdeckt. Allerdings bleibt unklar, wie die Steuermittel konkret erhoben werden sollen — fehlende Bezüge zu ökologischer Nachhaltigkeit (C3/E3) und Solidarität mit Beschäftigten in der Klinikversorgung (A2/C2) schwächen die GWÖ-Tiefe. Keine Berührung der Lieferkette (A) oder intergenerationalen Verantwortung (E).

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Fokussierung auf soziale Gerechtigkeit (D4)
- Stärkung der Solidargemeinschaft (D2)
- Technisch fundierte Argumentation mit konkreten Zahlen (12 Mrd. Euro, 144 €)

Schwächen

- Kein Bezug zu Ökologie, Transparenz oder Mitbestimmung
- Ignoriert lokale Handlungsebene und kommunale Verantwortung
- Reduziert Gesundheit auf Finanzierungsfrage ohne Prävention oder Teilhabe

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	-	•	•
D · BÜRGER:INNEN	++	•	•	++	+
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	•

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde – Zugang zu Gesundheitsversorgung Bewertung: +4

Absicherung ohne Beitragslast für Bedürftige stärkt Recht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +4

Kostendeckende Steuerfinanzierung statt Beitragslast verhindert Spaltung der Solidargemeinschaft

D5 Transparenz & Mitbestimmung – Aufdeckung systemischer Unterfinanzierung Bewertung: +2

Benennung der Bundeslücke (12 Mrd. €) fördert politische Aufklärung und Verantwortungszuweisung

C3 Ökologische Nachhaltigkeit – Gesundheitspolitik als Prävention Bewertung: -2

Kein Bezug zu gesundheitsfördernden Lebenswelten, Klimaresilienz oder nachhaltiger Krankenhausinfrastruktur

SPD**WAHLPROGRAMM****7/10**

Der Antrag entspricht dem SPD-Bremen-Wahlprogramm 2023 in der Zielrichtung einer solidarischen, steuerfinanzierten Gesundheitsabsicherung (Q4: 'Gesundheit und gute Pflege sind hohe Güter und müssen als Teil der Daseinsvorsorge geschützt werden'; Q5: Gesundheitswirtschaft als Daseinsvorsorge). Allerdings fehlt die SPD-typische Betonung von paritätischer Finanzierung und Stärkung der gesetzlichen Krankenkassen als demokratischer Selbstverwaltung.

„Gesundheit und gute Pflege sind hohe Güter und müssen als Teil der Daseinsvorsorge geschützt werden.“

SPD Bremen Wahlprogramm 2023, S. 140

PARTEIPROGRAMM**6/10**

Das Hamburger Programm betont Solidarität, Gerechtigkeit und Daseinsvorsorge (Q6, Q9), aber auch die paritätische Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber (Q6). Der Antrag ignoriert diese Struktur zugunsten reiner Steuerfinanzierung — kein Widerspruch, aber partielle Abweichung vom Modell.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU**WAHLPROGRAMM****8/10**

Der Antrag passt gut zum CDU-Wahlprogramm NRW 2022 mit seiner Betonung von Sicherheit, Verantwortung und Technologieoffenheit im Gesundheitswesen — hier konkretisiert als verlässliche, finanziell stabile Absicherung. Die Forderung nach bundesstaatlicher Verantwortung korrespondiert mit dem CDU-Leitbild des starken, aber begrenzten Staates und der subsidiären Ordnung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM**7/10**

Das CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont das christlich-demokratische Menschenbild, Würde und Verantwortung („Schöpfungsverantwortung“, „starker aber begrenzter Staat“). Der Antrag unterstützt die staatliche Verantwortung für Grundversorgung, ohne jedoch den christlichen Wertehorizont oder das Subsidiaritätsprinzip explizit einzubeziehen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

5/10

Die GRÜNEN fordern zwar eine Neugestaltung der Krankenhausfinanzierung (Q12) und mehr öffentliche Verantwortung (Q16), aber ihr Fokus liegt auf wohnortnaher Versorgung, Prävention und Krisenfestigkeit (Q20), nicht primär auf Finanzierungsmechanismen. Der Antrag ist technisch konsistent, aber inhaltlich zu schmal und vernachlässigt ihre ökologische und partizipative Agenda.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

4/10

Das Grüne Grundsatzprogramm 2020 betont explizit, dass Kliniken nicht nur nach Fallzahlen, sondern nach ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden sollen (Q16), und verlangt eine Gesamtstrategie gegen Kinderarmut inkl. Infrastruktur (Q18). Der Antrag reduziert Gesundheit auf Kostenfrage — ein gravierender Mangel an systemischem Denken aus grüner Perspektive.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag deckt sich nahezu vollständig mit der LINKE-Bremen-Forderung nach einer armutsfesten, solidarischen Gesundheitsversorgung (Q21, Q23): 'Neustrukturierungen rechtfertigen weder Personalabbau noch Outsourcing' und 'Krankenhäuser finanziell absichern'. Die Forderung nach steuerfinanzierter Absicherung entspricht ihrer Ablehnung von Beitragsumlagen für Bedürftige und ihrer Betonung der Daseinsvorsorge (Q28).

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das Erfurter Programm verlangt ausdrücklich, dass 'die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse wie Wohnen, Bildung und Gesundheit für jeden Menschen unabhängig von seinem Geldbeutel gewährleistet werden muss' (Q28). Der Antrag greift diesen Anspruch direkt auf — allerdings ohne die linke Kritik an kapitalistischen Strukturen oder die Forderung nach einer Bürgerversicherung.

„Die Daseinsvorsorge in der Versorgung mit Wasser, Energie, Transport...“

DIE LINKE Erfurter Programm 2011, S. 32

AfD

WAHLPROGRAMM

2/10

Der Antrag widerspricht zentralen AfD-Kernpositionen: Er fordert eine Ausweitung staatlicher Verantwortung und Steuerausgaben — entgegen dem AfD-Prinzip der Eigenverantwortung und des schlanken Staates. Zudem steht er im Kontrast zur AfD-Ablehnung von 'Umverteilung' und ihrer Fokussierung auf nationale Souveränität statt bundesstaatlicher Finanzverantwortung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

Das AfD-Grundsatzprogramm 2016 betont 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' und lehnt Subventionen ab (Q20). Der Antrag fordert explizit eine staatliche Umverteilung über Steuermittel — ein fundamentaler Widerspruch zu den programmatischen Grundlagen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BiW

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die kostendeckende Finanzierung der Gesundheitsausgaben für Empfänger von Bürgergeld beziehungsweise künftig Grundsicherungsgeld ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und fällt damit in die Verantwortung des Bundes.

Die kostendeckende Finanzierung der Gesundheitsausgaben für Empfänger von Bürgergeld ****ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sowohl auf Bundesebene als auch durch kommunale Mitverantwortung für präventive und quartiersnahe Gesundheitsinfrastruktur gestaltet werden muss****.

Begründung: Stärkt GWÖ-Feld D5 (Verantwortung über Grenzen hinaus) und D1 (Menschenwürde durch Zugang zu lokalen Angeboten), vermeidet rein vertikale Bundeszentrierung.

Vorschlag 2 von 3

Original: Die Fortführung dieser einseitigen Belastung der beitragsfinanzierten Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung wäre nicht notwendig, wenn der Bund seiner Finanzierungsverantwortung ... vollumfänglich nachkäme.

Die Fortführung dieser einseitigen Belastung ****wäre nicht notwendig, wenn der Bund seiner Finanzierungsverantwortung nachkäme — ergänzt durch eine gemeinwohlorientierte Reform der Krankenhausfinanzierung, die Vorsorge, psychosoziale Versorgung und Klimaresilienz stärkt****.

Begründung: Bezieht GWÖ-Felder E3 (Ökologische Nachhaltigkeit), D2 (Solidarität) und D5 (Zukunft) ein und vermeidet Reduktion auf reine Kostenfrage.

Vorschlag 3 von 3

Original: Vor diesem Hintergrund fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, eine Bundesratsinitiative einzubringen, mit der die Beiträge für Empfänger von Bürgergeld beziehungsweise künftig Grundsicherungsgeld in der gesetzlichen Krankenversicherung kostendeckend aus Steuermitteln finanziert werden.

Vor diesem Hintergrund fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, ****eine Bundesratsinitiative einzubringen und gleichzeitig einen bremischen Aktionsplan für quartiersnahe, präventive und klimagerechte Gesundheitsversorgung zu beschließen, der Bürger*innenbeteiligung, Transparenz und soziale Gerechtigkeit verankert****.

Begründung: Integriert GWÖ-Felder E5 (Transparenz & Mitbestimmung), D1 (Menschenwürde), E3 (Ökologische Nachhaltigkeit) und macht den Antrag gemeinwohl- und handlungsorientiert.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit gegen GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Unterstützen mit Änderungen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · HB21I-35

Original-Antrag

Drucksache 21/1839

Für eine kostendeckende Steuerfinanzierung der Krankenversicherungsbeitr.

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Landtag**Drucksache 21/1839****21. Wahlperiode**

11. Juni 2026

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP**Für eine kostendeckende Steuerfinanzierung der
Krankenversicherungsbeiträge von Bürgergeldbeziehern**

Die kostendeckende Finanzierung der Gesundheitsausgaben für Empfänger von Bürgergeld beziehungsweise künftig Grundsicherungsgeld ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und fällt damit in die Verantwortung des Bundes. Statt die Absicherung im Krankheitsfall kostendeckend aus Steuermitteln zu tragen und seiner Finanzierungsverpflichtung – wie bei anderen fürsorgeberechtigten Gruppen – angemessen nachzukommen, bleibt der Bund den gesetzlichen Krankenkassen rund 12 Milliarden Euro schuldig – und das Jahr für Jahr.

Nach dem Ersten Bericht der FinanzKommission Gesundheit beträgt die monatliche Beitragspauschale des Bundes im Jahr 2026 rund 144 Euro pro Person, was nur etwa ein Drittel der tatsächlichen Kosten deckt. Immer wieder haben die gesetzlichen Krankenkassen in den vergangenen Jahren auf diese strukturelle Unterdeckung hingewiesen und Ende 2025 Klage wegen der systematischen Unterfinanzierung erhoben.

Das grundlegende Finanzierungsproblem, das zulasten der gesetzlich Versicherten und ihrer Arbeitgeber geht und die finanzielle Lage der Krankenkassen verschärft, wird auch durch den am 29. April 2026 beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht gelöst. Vielmehr entzieht sich der Bund weiterhin seiner Verpflichtung zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen. Die Beitragspauschale für Empfänger von Bürgergeld beziehungsweise künftig Grundsicherungsgeld wird nur minimal erhöht und gleichzeitig der Bundeszuschuss um zwei Milliarden Euro gekürzt.

Die Fortführung dieser einseitigen Belastung der beitragsfinanzierten Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung wäre nicht notwendig, wenn der Bund seiner Finanzierungsverantwortung für die Gesundheitsausgaben der Empfänger von Bürgergeld beziehungsweise Grundsicherungsgeld – wie von der FinanzKommission Gesundheit empfohlen – vollumfänglich nachkäme.

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass

- die Absicherung von Empfängern von Bürgergeld beziehungsweise künftig Grundsicherungsgeld im Krankheitsfall eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und

- die hiermit verbundenen Ausgaben kostendeckend aus Steuermitteln zu tragen sind, um einen effektiven und fairen Beitrag zur Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung zu erzielen.
- eine Fortsetzung der Kostenverschiebung Arbeitnehmer und Arbeitgeber über höhere Zusatzbeiträge einseitig belasten wird – bei gleichzeitigen Einschränkungen im Bereich der GKV-Leistungen.

Vor diesem Hintergrund fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf,

- eine Bundesratsinitiative einzubringen, mit der die Beiträge für Empfänger von Bürgergeld beziehungsweise künftig Grundsicherungsgeld in der gesetzlichen Krankenversicherung kostendeckend aus Steuermitteln finanziert werden.

Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP

Anlage(n):

- keine